

Abrüstungsfragen.

Genosse Pannetier schreibt in seiner Korrespondenz: Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts hat eine ungeheure Steigerung der Rüstungen gebracht, unter deren Last, wie der oft gebrauchte Ausdruck lautet, die Völker zusammenzubrechen drohen. Zweifellos stehen sich die Kosten des Militarismus ohne viel Schwierigkeit aus dem Mehrwert bezahlen, den er zu sichern bestimmt ist. Aber es versteht sich, daß die herrschende Bourgeoisie sie möglichst durch indirekte Steuern den Volksmassen aufbürdet, und daraus entsteht für sie eine neue Sorge. Denn diese bewirken eine steigende Unzufriedenheit der Massen, die sich nur mit Mühe und künstlichen Mitteln zeitweilig beschwichtigen läßt, und diese Massen scharren sich dann in steigendem Maße um die sozialdemokratische Partei als ihre politische Vertretung. Die Sozialdemokratie erhebt die Forderung der Abrüstung gegenüber dem Militarismus, die Forderung des Friedens gegenüber der Kriegshege, die Forderung des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus. Sie weist nach, daß das kapitalistische System die Grundursache der Rüstungen und der daraus hervorgehenden Finanznot ist, und dadurch leitet sie den instinktiven Unwillen der Volksklassen gegen die steigenden Steuern und Zölle in das Bett des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus. Und in Ländern, wo die Sozialdemokratie noch schwach ist, wie in England, bewirken die steigenden Steuern wenigstens, daß die Arbeitermassen sich aus der Gefolgschaft der liberalen Bourgeoisie loszulösen beginnen.

Darin liegt eine Gefahr für die Herrschaft der Bourgeoisie, und es nimmt nicht Wunder, daß viele ihrer Politiker sich die Frage stellen, ob nicht durch ein internationales Abkommen über die Einschränkung der Rüstungen dieser Gefahr Einhalt geboten werden kann. So hat neulich ein englischer Minister sich zugunsten eines solchen Abkommens ausgesprochen. Unsere Reichstagsfraktion hat dann an den Reichskanzler die Aufforderung gerichtet, die deutsche Regierung solle Schritte tun, um eine internationale Verständigung in der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen, was der Reichskanzler mit einem glatten Nein und der Darlegung der Unmöglichkeit eines solchen internationalen Abkommens beantwortete. Ueber diese Stellungnahme der Fraktion ist nun eine Fäehel entstanden; die Fraktion wurde dahin kritisiert, daß sie sich auf utopischen Boden stellte, da eine internationale Regelung der Rüstungsbeschränkung unter der kapitalistischen Herrschaft unmöglich ist, und der Vorschlag daher statt Klarheit über den Kapitalismus kleinbürgerliche Illusionen wecken muß.

Darin hat die Kritik vollkommen recht. Allerdings wird auch die Kapitalistenklasse selbst durch die Militärlasten, die schließlich auch den Profit drücken, geschädigt. Ein kapitalistisches Land, das sie nicht zu tragen brauchte und alle Kräfte der Verbesserung der Produktion widmen könnte, wäre den Konkurrenten in mancher Hinsicht überlegen. Aber wir haben nicht mit einem abstrakten Kapitalismus zu tun, wie er vielleicht sein könnte, sondern mit dem Kapitalismus, wie er ist. Ein Kapitalismus läßt sich denken, worin der Wert der Arbeitskraft voll vergütet und die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß eingeschränkt wird, wo kein Klassenkampf die schönen Profite der Ausbeuter stört. Und so ließe sich auch ein Kapitalismus denken, wo die Nationen im friedlichen Wettbewerb nur mittels der Güte und Billigkeit ihrer Produkte kämpften und Kriege daher ausgeschlossen wären. Aber das alles ist doch nur eine Utopie in den Köpfen kleinbürgerlicher Harmonieapostel, und der Politiker, der sie zum Leitfaden seiner Politik nehmen würde, würde die Enttäuschung aller kleinbürgerlichen Politik erleben, durch die realen Tatsachen fortwährend ins Gesicht geschlagen zu werden.

Dagegen bestand von jeher die Kraft sozialdemokratischer Politik darin, daß sie den Kapitalismus erkannte und darstellte wie er ist. Der wütende Kampf um den Profit zwingt die Kapitalisten dazu, die Löhne niederzudrücken, der Verkürzung der Arbeitszeit entgegen zu wirken und damit den Klassenkampf der Arbeiter wachzurufen. Er zwingt zum Aufsuchen neuer Märkte und neuer Anlagensphären des Kapitals, er treibt zum Imperialismus, zur Kolonialpolitik und bringt damit die Kapitalistenklassen verschiedener Länder in heftigen Kampf miteinander. Jeder versucht bei der Teilung der kleinen Erdoberfläche Stücke zu erwerben, wo er den Konkurrenten ausschließen kann und sich in fremden Weltteilen Einfluß zu verschaffen. Aber dazu gehört Macht. Das empfindet die Bourgeoisie jedes Landes instinktiv, daß nur Macht, bewaffnete Macht Geltung verschafft, und daher rüstet jede, um den andern gewachsen oder überlegen zu sein. Da in einem Kriege zahllose unbedenkliche Faktoren und Konstellationen mitspielen, besteht für keinen der Staaten eine Norm, woran zu messen wäre, ob er kriegerisch stark genug ist — der Zweimächtestandard Englands war nur eine zeitweilige künstliche Norm, weil man doch irgendeinen Maßstab haben wollte —; seine eigene Finanzkraft und seine innerpolitische Lage entscheidet in erster Linie. Wie wäre da ein gegenseitiges Abkommen zur Einschränkung der Rüstungen möglich? Es wäre möglich in einem Fall: wenn ein Krieg in Zukunft ausgeschlossen wäre. Wie aber würde die Idee des ewigen Friedens unter dem Kapitalismus von unserer Seite immer und mit Recht als Utopie verpötte! Wenn aber mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet werden muß, wobei die Völker im Dienste ihrer Kapitalisten einen Kampf bis aufs Messer führen, dann ist es undenkbar, daß diese sich gegenseitig vorschreiben lassen sollen: sie dürften sich für diesen Krieg nicht weiter härten als bis zu einer gewissen Grenze! Wenn durch die Not gezwungen ein solches Abkommen mitunter zu Stande kommen würde, so würde es doch bei der nächsten Gelegenheit wieder gebrochen werden.

Sätten die Sozialisten die Forderung aufgestellt, die Bourgeoisie solle durch Beseitigung der großkapitalistischen Konkurrenz die Möglichkeit schaffen, hohe Arbeiterlöhne

zu bezahlen, so hätten sie vielleicht aus der moralischen Entrüstung über die bösen Kapitalisten, die nicht wollen, billige Triumphe erzielen können; aber sie hätten zugleich die Köpfe der Arbeiter durch unklare Utopisterei vernebeln lassen. Statt dessen haben sie die harte Wahrheit über den Kapitalismus dargelegt, wie er in Wirklichkeit ist, und damit die feste Grundlage zu einer gesunden revolutionären Bewegung gelegt. Gegenüber utopischer Schwärmerei ist die kapitalistische Verteidigung stark, die weißt, daß das geforderte praktisch unmöglich ist. Wenn aber die Sozialisten die Wahrheit offen und schonungslos aufdecken, wie die Rüstungen und Lasten die notwendige Folge des ganzen Systems sind, und nur mit dem System fallen können, dann würden die Wortführer des Kapitalismus andre Saiten aufziehen müssen, denn die volle Wahrheit über den Kapitalismus ertragen sie nicht. Bethmann-Hollweg hatte mit seinem Unmöglich vollkommen recht; natürlich nicht, „solange die Menschen Menschen bleiben“, sondern solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt. Seine Rede hat in hohem Maße aufklärend gewirkt; aber besser wäre es gewesen, wenn diese Klarheit von unsern Rednern ausgegangen wäre.

Man hat wegen dieser Rede dem Reichskanzler das Zeugnis eines beschränkten Politikers ausgestellt. Mit vollem Recht. Aber in anderm Sinne, als das in einigen Parteiblättern geschah, wo die französischen und englischen Minister als die weltblickenden Politiker gerühmt wurden, weil sie einen höher entwickelten temperierten, demokratischen Friedenskapitalismus voraussehen, den wir auch wollen. Erstens sind die Abrüstungsbeteuerungen der Grey und Wilson, wie der ganzen bürgerlichen Demokratie, nur leere Worte, — mögen sie selbst auch vielleicht daran glauben — denen als Taten immer neue Millionen aufwendungen für Rüstungen gegenüberstehen. Aber gerade darin erweisen sie sich als die klügeren Politiker, nicht im Sinne des Sozialismus oder der Demokratie, sondern im Sinne des Kapitalismus. Wir haben keinen Grund, diese Klugheit im Gegensatz zu Bethmanns Beschränktheit zu rühmen, denn diese Klugheit wendet sich gegen uns. Während die preußisch-deutsche Methode der Vertretung der Kapitalisten in brutaler Gewalt gegen das Proletariat besteht, sehen wir in jenen andern Ländern die vernünftigeren liberale Methode, die Arbeiter durch schöne Phrasen, scheinbare Zugeständnisse und Bewegungsfreiheit irre zu führen, damit ihr Klassenbewußtsein verdunkelt wird. Bethmann-Hollweg plaudert die innersten Gedanken der Großkapitalisten aus; die andern handeln in derselben Weise, aber verbergen das hinter entgegenkommenden Redensarten. Die preußisch-deutsche Brüstung und Unterdrückung der Arbeiter, fortwährend von einer theoretisch durchgebildeten Sozialdemokratie beleuchtet, hat das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter im höchsten Maße geweckt und dadurch als kapitalistische Politik Fiasco gelitten. Dagegen hat die liberale Methode der westeuropäischen Bourgeoisie sich tatsächlich als die vernünftiger erwiesen und ihr Ziel vollständig erreicht. Es ist ihr nicht nur gelungen, den englischen und französischen Proletariaten und ihren parlamentarischen Vertretern Sand in die Augen zu streuen, sondern sie darf sich rühmen, durch ihre geschickte Maché sogar einen Teil der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie über die Wirklichkeit des Kapitalismus irreführl zu haben.

Dieser Unterschied in kapitalistischer Politik ist jedoch nicht einfach auf den Gegensatz junckerlicher Unbildung und der Bildung der weltlichen Bourgeoisie zurückzuführen. So sehr die traditionellen historischen Verhältnisse auch mitspielen, liegt doch die Hauptursache in der verschiedenen kapitalistischen Lage in Deutschland und in England. Der deutsche Kapitalismus ist ein junger hungeriger Wolf, der die Welt und ihre Märkte schon verteilt fand, und nun überall vordringt und nichts zu verlieren hat. England und Frankreich haben dieses Bedürfnis nicht; ihr alter Besitzstand reicht ihnen aus; sie können nur verlieren und wenig gewinnen. Deshalb machen sie die Rüstungen nur mit Widerwillen mit, die die deutsche Bourgeoisie so lustig und ungentert betreibt, und liegt ihnen der Gedanke der Abrüstung viel näher; die kapitalistische Wirklichkeit ist ihnen höchst unangenehm. Der Kampf gegen die Rüstungen muß daher vor allem im Herzen des Störers, in Deutschland betrieben werden, nicht durch Versuche, die internationale Bourgeoispolitik zu lenken, sondern durch intensive Aufklärung der großen Massen über die kapitalistische Wirklichkeit, durch einen prinzipiellen Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokratie und die Kriegsrüstungen.

Wir hatten am Montag in der Leipziger Volkszeitung einem Vertreter der Fraktion in der Frage der Abrüstung das Wort gegeben. Wir selber waren diesem Artikel am nächsten Tage kurz entgegengetreten. Ausführlich befaßt sich die Bremer Bürgerzeitung mit ihm. K. R. wendet ihm zwei Artikel zur Überlegung, denen wir folgende Stellen entnehmen:

Es ist nicht wahr, daß die französische und englische Bourgeoisie sich gegen die Rüstungen wendet. Die einflussreichsten Schichten der englischen Bourgeoisie stehen hinter den Unionisten, der Partei der Kriegshege, die keine Rüstungen für zu groß hält. In Frankreich rekrutieren sich die Kriegshege in erster Linie aus der Schicht des Export- und Finanzkapitals. Das englische Kleinbürgertum wendet sich gegen die Rüstungen nicht so sehr wegen der jetzigen Steuerlast, als weil es fürchtet, daß die imperialistische Politik mit dem Schutzoll eiden wird, der, indem er die Unterhaltungskosten des Kleinbürgertums erhöht, ihm die Möglichkeit der Konkurrenz rauben würde. In Frankreich gibt es außerhalb der Arbeiterklasse keine ernst zu nehmenden aktiven Gegner der Rüstungswahnsinn. Denn erstens gibt es im Kleinbürgertum viele Rentner-Elemente, die an Auslandspapieren interessiert sind, also einen starken Schutz im Ausland fordern, zweitens weil die nationalökonomische Revancheidee eben in diesen Schichten ihre Zukunft findet. Aber selbst die Unzufriedenheit des englischen Kleinbürgertums mit dem Weltfrieden, der die liberale Partei Ausdruck gibt, setzt sich in keine Taten um. Die liberale Partei, obwohl ihrem jetzigen sozialen Anhalte nach Kleinbürgerlich, muß als regierende Partei eines

großen Staates die Interessen der sozial einflussvollsten Schichten vertreten und kann darum die kleinbürgerliche Unzufriedenheit in der Praxis nicht durch Einschränkung der Rüstungen betätigen. Und so ist das englische Marinebudget seit 1906, in welchem Jahre die englischen Liberalen aus Mader kamen, von 642 Millionen Mark auf 887 in dem laufenden Jahre gestiegen. Und Frankreich steht jetzt vor einer neuen Ära fossiler Marineleistungen, die das Schwergewicht vom Küstenschutz auf die Großseeflotte übertragen soll. Es steht also sehr schlecht um die Behauptung des fraktionierten Verteidigers, wonach der Punkt, wo der westeuropäischen Bourgeoisie vor den Rüstungen bange wird, erreicht sei.

Nicht besser ist es um seine Argumente bestellt, mit welchen er den angeblichen Unterschied zwischen der englischen und der deutschen Bourgeoisie wie auch der belterseitigen Regierungen klarlegen will.

„Über die Bethmann-Hollweg und Wermuth rechnen immer noch darauf“, schreibt er, „die Rüstungen auf Kosten der großen steuerzahlenden Masse fortsetzen zu können, und Funter und Pfaffen bauen darauf, daß ihre Handlanger dieses Kunststück auch wirklich fertigbringen. Daher die augenblickliche Situation: zunehmende Angst um den Profit der französischen und englischen Bourgeoisie; daher ernsthaft Bedenken gegen die Rüstungen, daher staatsmännische Erwägungen der Regierung, aus dem Dilemma einen Ausweg zu finden. Dagegen schwebende, durch keine Sachkenntnis geführte Ueberhebung bei der deutschen Regierung, die jede Gefahr leugnet.“

Erstens fällt hier in die Augen, daß der Verfasser die deutsche Bourgeoisie beiseite läßt; während er sich früher auf die englische und französische Bourgeoisie bezog, bezieht er sich hier nur auf die deutsche Regierung. Und das hat seine Gründe, denn sonst müßte er zugeben, daß die deutsche Bourgeoisie — wie ihre Haltung bei der Reichsfinanzreform bewiesen hat — mit der Notwendigkeit der Heranziehung direkter Steuern zu rechnen beginnt. Trotzdem sind die einflussvollsten Vertreter des deutschen Kapitals, die in den Kreisen der Nationalliberalen und Konservativen zu suchen sind, die forschesten Vertreter des Rüstungsgebahrens, der in seiner marinistischen Form am Anfang den Funtern fremd war. Es ist also Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie zwar schon mit der Notwendigkeit der Heranziehung direkter Steuern rechnet, an eine Einschränkung der Flottenleistungen jedoch nicht denkt. In dieser Hinsicht existiert zwischen ihr und der englisch-französischen kein Unterschied. Trotzdem besteht tatsächlich ein gewisser Unterschied zwischen der deutschen und der englischen Flottenpolitik; die französische lassen wir beiseite, weil, obwohl der Mitarbeiter der Leipziger Volkszeitung sie unrichtigerweise mit der englischen identifiziert, sie dennoch eine besondere Behandlung erfordert, die hier indes unnötig ist. Nur muß man den Unterschied ganz wo anders suchen, als der Genosse tut: Dieser Unterschied besteht erstens in der verschiedenen Weltlage des englischen und deutschen Kapitals, zweitens in der verschiedenen innerpolitischen Lage der englischen und deutschen Regierung.

Mit der Weltmacht Englands geht es bergab, die deutsche Weltmacht aber beruht sich erst ihre ersten Spuren. Das englische Kapital, das ein Monopol auf dem Weltmarkt bis in die achtziger Jahre besaß, begegnet dort jetzt einer mit jedem Jahre wachsenden Konkurrenz. Es hat ein Weltreich zusammengerlaubt, in dem es jetzt an allen Ecken kratzt. Das deutsche Kapital erlebt erst seinen Triumphzug in der Welt und hat noch keine ausdauernden Reiche zu verteidigen. Darum treibt das englische Kapital eine hysterische Politik, darum inszeniert es Paniken, während das deutsche, seitdem die ersten Zeiten des Lastens vergangen sind, eine große Zuversicht und zu seiner weltpolitischen Zukunft einen starken Glauben an sie besitzt. Weiter: das englische Kapital muß die demokratischen Institutionen, die individualistischen Instinkte der angelsächsischen Masse brechen, wenn es sich ein Schwert schaffen will — und ohne stehendes Heer ist England kein bündnisfähiger Faktor in der kontinentalen Politik — dem deutschen Kapital dagegen kommt das nicht beendete Werk der deutschen Revolution zugute, die Tatsache, daß das Deutsche Reich durch eine Revolution von oben geschaffen worden ist. Das gibt dem deutschen Kapital erstens die größere Verlässlichkeit der Durchführung seiner Politik — Fehlen der Demokratie im Lande — und das starke Heer als Mittel dieser Politik. So sehen die weltpolitischen Unterchiede aus. Und nun erst die Verschiedenheit in der inneren Lage beider Länder: in England besteht ein ökonomisch stärkeres Kleinbürgertum, wir können auf die Ursachen dieser Tatsache hier nicht eingehen, die Demokratie erlaubt ihm, einen Einfluß auf die Regierung zu üben. Darum muß die liberale Regierung, selbst wo sie unter dem Druck des Großkapitals Kriegsschiff nach Kriegsschiff baut, den Eindruck zu erwecken suchen, daß sie daran unschuldig ist, sie muß Friedenskomödien spielen, um nicht die Gefolgschaft des Kleinbürgertums zu verlieren. In Deutschland hat der Kapitalismus dem Kleinbürgertum im Sturm die Welt gebrochen; ökonomisch gleich Ruß, hat es als eine Klasse ohne irgendeine politische Vergangenheit und Zukunft keinen stärkeren Einfluß auf die bürgerlichen Parteien, und so brauchen diese keine Friedenskomödien zu spielen. In England glaubt die Regierung noch die erst erwachende Arbeiterklasse am Gängelbande des Kleinbürgertums führen zu können, wenn sie ihre kriegerischen Taten mit friedlichen Worten begleitet; in Deutschland rechnet die Regierung nicht mehr mit der Möglichkeit der Freiführung der Arbeiterklasse, vielmehr, da sie sie nicht einschläfern kann, glaubt sie in ihrer junckerlichen Borniertheit, sie durch das Drohen mit dem starken Mann einschüchtern zu können. Darum tritt die englische Regierung in friedlich-pastoraler Art für das Weltfrieden ein, während die deutsche sabelrasend in Ultrafortschritt und eisernem Helm das Rüsteln ohne Ende verklärt.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Spionageprozeß Koch. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenate des Reichsgerichts begann am Donnerstag, früh 9 Uhr, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Menge die Verhandlung gegen den Mechaniker Ludwig Koch aus M o n t i a n. Er ist am 15. Juni 1882 in Joug-aux-Arches geboren und nicht Soldat gewesen. Das Hauptvergehen gegen ihn ist eröffnet 1. wegen Fälschung einer Quittung über 50 Mk., 2. wegen des am 1. Oktober 1910 unternommenen Versuches, dem Major R. in Belgien mittels Erbrechens eines Behältnisses zwei Gewehre zu entwenden, 3. wegen verführerischer Spionage zugunsten Frankreichs. Er soll sich verschiedene Schriftstücke und Festungspläne von Belgien mit Einzelzeichnungen verschafft haben, um sie in fremden Besitz zu bringen, obwohl er wußte, daß dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet wird. Die Verteidigung des Angeklagten führt Rechtsanwalt Dr. W.hausen. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft wegen Gefährdung der Staatssicherheit den Ausschluß der Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrag. Geladen und erschienen waren 14 Zeugen und ein Sachverständiger. Die Beweisaufnahme wurde in den Nachmittagsstunden abgeschlossen. Das Urteil wurde um 5 1/2 Uhr verkündet. Der Gerichtshof hat aus dem Verlauf der Verhandlung die Ueberzeugung erlangt, daß der Zeuge W. im wesentlichen als glaubwürdig zu erachten